

**Schutzschirm für die Arbeitslosenversicherung? – Dringliche Fragen von Dr. Dagmar Enkelmann und die Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde des Bundestages, 22. April 2009; (Plenarprotokoll Drs. 16/216)**

Zu Beginn der Fragestunde rufe ich wie immer gemäß Nr. 10 der Richtlinien für die Fragestunde die dringlichen Fragen auf.

Ich habe eine dringliche Frage der Kollegin Dr. Dagmar Enkelmann:

*Was will die Bundesregierung tun, um rasch im Sinne der gebotenen Vorsorge die - wie am Wochenende bekannt wurde - ab Herbst gefährdete Zahlungsfähigkeit der Bundesagentur für Arbeit abzuwenden, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, um angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise und den damit steigenden Aufgaben der Bundesagentur bei Kurzarbeit, Arbeitslosengeld I, bei Weiterbildung und öffentlicher Beschäftigung die finanzielle Basis der Bundesbehörde nachhaltig zu stärken?*

Diese betrifft den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Zur Beantwortung steht der Parlamentarische Staatssekretär Klaus Brandner zur Verfügung. Bitte, Herr Staatssekretär.

**Klaus Brandner**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Herr Präsident! Frau Dr. Enkelmann, nach dem vom Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit im Februar beschlossenen Nachtragshaushalt für das Jahr 2009 rechnet die Bundesagentur in diesem Jahr mit einem voraussichtlichen Defizit in Höhe von 10,9 Milliarden Euro. Am Jahresende 2009 würde damit die Rücklage, die zu Jahresbeginn rund 16,7 Milliarden Euro betrug, noch rund 5,8 Milliarden Euro betragen. Das Defizit des Jahres 2009 kann somit durch die Entnahme aus der Rücklage vollständig ausgeglichen werden. Da jedoch die Bundesbeteiligung an der Arbeitsförderung in Höhe von rund 7,8 Milliarden Euro erst Ende Dezember 2009 an die BA überwiesen wird, entsteht für den Zeitraum Ende Oktober bis Ende Dezember voraussichtlich ein Liquiditätseingpass, der durch ein zinsloses Bundesdarlehen ausgeglichen wird.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Ihre Nachfragen, bitte.

**Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):**

Offenkundig gehen wir beide davon aus, dass die Ausgaben der Bundesagentur in diesem Jahr deutlich steigen. Die Online-Ausgabe der *Bild*-Zeitung vermeldet zum Beispiel heute, dass unter anderem die Ausgaben für Insolvenzgeld dramatisch gestiegen seien. Bereits im ersten Quartal sind 82 Millionen Euro mehr ausgegeben worden als geplant. Man geht davon aus, dass der für Insolvenzgeld vorgesehene Topf bereits im August dieses Jahres ausgeschöpft sein wird. Vermehrte Kurzarbeit und steigende Arbeitslosigkeit führen zum Beispiel dazu, dass die Einnahmen sinken usw. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus aus Sicht der Bundesregierung für

Leistungen der Bundesagentur an die Arbeitslosen? Um es deutlich auf den Punkt zu bringen: Befürchtet auch die Bundesregierung Kürzungen von Maßnahmen der Bundesagentur? Das wäre meine erste Frage.

**Klaus Brandner**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Die Bundesregierung befürchtet keine Kürzungen von Maßnahmen durch die Bundesagentur. Alle in Form eines Rechtsanspruchs zugesagten und gesetzlich festgelegten Maßnahmen werden pünktlich und ordentlich erbracht werden. Insgesamt gibt es keinen Grund, aufgrund der Finanzlage an Leistungskürzungen zu denken.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Eine zweite Nachfrage?

**Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE):

Das gilt hoffentlich auch für die Zeit nach der Bundestagswahl. Sie haben vorhin auf den Vermerk für den Nachtragshaushalt der Bundesagentur vom Februar dieses Jahres verwiesen. In diesem Vermerk geht die Bundesagentur davon aus, dass die Wirtschaftsleistung um 2,25 Prozent sinkt. Nach meiner Kenntnis will auch die Bundesregierung ihre Wirtschaftsprognosen inzwischen deutlich nach unten korrigieren, weil auch eine ganze Reihe von Wirtschaftsexperten davon ausgeht, dass die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um mindestens 5 Prozent sinken wird. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus? Plant die Bundesregierung einen Rettungsschirm für die Arbeitslosenversicherung?

**Klaus Brandner**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Die Bundesregierung hat überhaupt keine Veranlassung, einen Rettungsschirm für die Arbeitslosenversicherung zu planen. Wie Sie meinen ersten Bemerkungen entnommen haben, ist die Liquidität der Bundesagentur für das Jahr 2009 gesichert. Wenn Sie die Zahlungsströme betrachten, dann wissen Sie, dass wir davon ausgehen, dass am Jahresende 2009 noch eine deutliche Reserve vorhanden sein wird. Laut Finanzplanung für 2010 wird zuerst diese Reserve aufgebraucht werden. Die Bundesregierung hat aber beschlossen, der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Haushaltsgesetzgebung ein entsprechendes zinsloses Darlehen zu gewähren. Unter diesen gesamten Gesichtspunkten besteht keine Veranlassung, an der finanziellen Sicherheit der Bundesagentur für Arbeit für 2010 zu zweifeln.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Jetzt hat noch der Kollege Volker Schneider das Wort.

**Volker Schneider** (Saarbrücken) (DIE LINKE):

Herr Staatssekretär, nach der letzten Antwort ringe ich etwas um Fassung ob Ihres grenzenlosen Optimismus, den Sie auch schon zu dem Zeitpunkt hatten, als wir dringend davor gewarnt hatten, die Beitragssätze abzusenken. Aber ich

komme zu meiner Frage. Sie hatten eben angesprochen, dass die Mittel im Dezember ausgezahlt werden. Dass ist der Fall, weil Sie die Auszahlung dieser Mittel, die aus dem Mehrwertsteuertopf stammen und vorher monatlich gezahlt wurden, in den Dezember verlegt haben. Auch das ist für mich angesichts der absehbaren finanziellen Entwicklung bei der Bundesagentur für Arbeit schwer nachzuvollziehen. Wird denn daran gedacht, diese Entscheidung möglicherweise zugunsten der Bundesagentur wieder rückgängig zu machen?

**Klaus Brandner**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Herr Kollege Schneider, Sie haben keinen Grund, die Solidität der Finanzpolitik der Bundesregierung hinsichtlich der Bundesagentur in Zweifel zu ziehen. Ich habe erklärt, dass alle Leistungen pünktlich erfüllt werden. Entsprechende Rücklagen sind vorhanden. Daraus können Sie schließen, dass auch das notwendige Finanzvolumen vorhanden ist. Das, was für 2010 eingeplant ist, ist durch entsprechende zusätzliche Leistungen der Bundesregierung aus dem Bundeshaushalt gesichert. Insofern verbietet sich jede Verunsicherung in diesem Bereich. Außerdem weise ich darauf hin, dass die Ausgaben für die ersten drei Monate dieses Jahres geringer ausgefallen sind, als die Bundesagentur für Arbeit es selbst vorgesehen hat.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Beim Insolvenzgeld nicht!)

Frau Enkelmann, das Insolvenzgeld ist eine Leistung, die nicht durch Beiträge, sondern durch eine Umlage finanziert wird, und steht bezüglich der Leistungsgewährung nicht in Zweifel. Insofern ist eine solche Vermengung in der Sache nicht angebracht.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Alles Zahlungen der BA!)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Jetzt folgt noch eine Frage des Kollegen Werner Dreibus.

**Werner Dreibus** (DIE LINKE):

Vielen Dank. . Herr Staatssekretär, ich vermute oder unterstelle - übrigens nicht zur Verunsicherung, sondern zugunsten der Sicherheit der Bürger-, dass das Bundesministerium über ein einfaches statistisches Mittel wie die Modellrechnung verfügt. Unterstellen wir einmal, dass nicht die Annahme der Bundesagentur für Arbeit den tatsächlichen Verlauf der Arbeitslosigkeit und die weiteren Folgen der Krise auf dem Arbeitsmarkt widerspiegelt, sondern dass wir beispielsweise von 5 Millionen Arbeitslosen, einer deutlich gestiegenen Zahl von Kurzarbeitern und weiteren zusätzlichen Ausgaben auch der aktiven Arbeitsmarktpolitik auszugehen haben. Können Sie uns sagen, wie unter solchen Annahmen bei einem Rückgang des Bruttosozialprodukts um 5 Prozent die Haushaltslage der Bundesagentur am Ende dieses Jahres aussehen wird und welche Rückwirkungen das auf den Bundeshaushalt hat?

**Klaus Brandner**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Die Bundesregierung geht, wie Sie wissen, nicht von einem Anstieg der Zahl der Arbeitslosen auf 5 Millionen aus, Herr Abgeordneter. Grundsätzlich gibt es zwar Modellrechnungen, die aber keinen Anstieg der Arbeitslosenzahl in dieser Größenordnung beinhalten.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Weil nicht sein kann, was nicht sein darf!)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Vielen Dank. Damit ist die dringliche Frage beantwortet.